

Internationale Klimapolitik | 08.11.2016 | Lesezeit 3 Min.

Von Kyoto über Paris nach Marrakesch

Vor einem Jahr wurde das Pariser Klimaabkommen als bahnbrechender Erfolg gefeiert. Bis zum 18. November sitzen nun in Marrakesch jene Staaten zusammen, die das Abkommen bereits ratifiziert haben. Sie müssen ihren Worten Taten folgen lassen – keine einfache Aufgabe.

Das Kyoto-Protokoll aus dem Jahr 1997 war der erste Versuch auf UN-Ebene, den Treibhausgasausstoß der Industrieländer einzudämmen. Doch die bei der damaligen Klimaschutzkonferenz gesteckten Ziele konnten nicht wie geplant bis 2012 erreicht werden. Nun soll es das Pariser Abkommen besser machen. Anders als im Fall von Kyoto sind fast alle Nationen dabei: 188 Teilnehmerstaaten des Klimagipfels von vor einem Jahr haben von sich aus erklärt, welchen Beitrag sie zum Klimaschutz leisten wollen – und sich darauf durch die Unterzeichnung des Abkommens verpflichtet (siehe Kasten).

Vor allem aufseiten der EU sind die Ziele ambitioniert: Schon 2014 hatte Europa zugesagt, seine Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu verringern, und dabei ist es in Paris geblieben. Deutschland hat sich sogar ein Minus von 55 Prozent auf die Fahnen geschrieben, und die 40 Prozent sollen schon 2020 erreicht sein.

Klimaschädliche Emissionen - der Stand der Dinge

Doch bis dahin ist es ein weiter Weg – auch wenn schon vergleichsweise viel geschafft ist (Grafik):

Deutschlands hat im Jahr 2014 rund 23 Prozent weniger CO2 produziert als 1990.


Die größten CO₂-Sünder

in Prozent

	Anteil am weltweiten CO ₂ -Ausstoß		Veränderung des CO ₂ -Ausstoßes von 1990 bis 2014
	1990	2014	
Insgesamt	100	100	58
China	10,3	28,2	333
USA	23,4	16,0	8
EU-28	19,6	9,8	-21
Indien	2,6	6,2	281
Russland	10,6	4,5	-32
Japan	5,1	3,7	14
Deutschland	4,6	2,2	-23
Südkorea	1,1	1,8	145
Iran	0,8	1,7	225
Kanada	2,0	1,7	32
Saudi-Arabien	0,7	1,6	235

CO₂-Ausstoß: ausschließlich Emissionen aus Brennstoffnutzung, ohne Landwirtschaft, Müll, Lösungsmittel und Gegenrechnung von CO₂-Senken wie Wäldern; China: einschließlich Hongkong

Quelle: Internationale Energieagentur
© 2016 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Damit sind wie auch in einigen anderen EU-Ländern – zum Beispiel Großbritannien und Frankreich – immerhin die Vorgaben des Kyoto-Protokolls erfüllt, Deutschland kann also mit Fug und Recht als Vorreiter im Klimaschutz gelten. Andere Kyoto-Teilnehmer wie Japan, Australien und bis 2011 auch Kanada sind dagegen mehr oder weniger deutlich gescheitert.

Deutschland hat wie Frankreich und Großbritannien die Vorgaben des Kyoto-Protokolls erfüllt.

Ganz zu schweigen von jenen Staaten, die zwar erst seit Paris mit im Boot der Klimaschützer sitzen, deren Kohlendioxidemissionen aus der Nutzung von fossilen Brennstoffen sich aber seit 1990 verdoppelt und verdreifacht haben: Dazu gehören der CO₂-Emittent Nummer eins, China, mit einem Plus von 333 Prozent, aber auch Indien, Südkorea, Iran und Saudi-Arabien.

Der weltweite Kohlendioxidausstoß ist in den vergangenen 25 Jahren um knapp 60 Prozent gestiegen.

Warum Paris die internationale Klimapolitik nicht (viel) leichter macht

Auf der 22. UN-Klimakonferenz in Marrakesch steht der nächste Schritt für die internationale Staatengemeinschaft an: Es gilt zu klären, auf welchem Weg die angekündigten Reduktionsziele für Treibhausgase zu verwirklichen sind. Dazu bedarf es konkreter Maßnahmen und Instrumente.

Einfach wird das nicht, denn so schön, wie sich Paris auf dem Papier liest, so fragwürdig sind die Vereinbarungen im Detail:

1. **Nicht zweckdienliche Relationen:** Die Zusagen vieler Länder beinhalten kein absolutes Emissionsziel, sondern orientieren sich an rechnerischen Größen wie einem Business-as-usual-Szenario oder dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Für das Klima sind jedoch ausschließlich die absoluten Emissionsmengen und vor allem deren Reduktion ausschlaggebend, weshalb solche relativen – an andere Entwicklungen gekoppelte – Versprechen wenig zielführend sind.
2. **Unterschiedliche Ambitionen:** Unter den großen CO₂-Verursachern hat sich

die EU das mit Abstand schärfste Reduktionsziel gesetzt – und sie hat bereits in den vergangenen 20 Jahren mehr als die meisten anderen Staaten für eine Emissionssenkung getan. Das Kontrastprogramm dazu liefert Russland. Dessen Zusage, die CO₂-Produktion um 25 bis 30 Prozent zurückzuschrauben, basiert auf dem Jahr 1990, als die ineffiziente sowjetische Wirtschaft mit ihren veralteten Produktionsanlagen noch für enorme Emissionen sorgte. Russland liegt nach deren Niedergang zwar schon heute unter dem für 2030 zugesagten Wert – damit ist fürs Klima aber nichts mehr gewonnen: Russland hat schlicht und einfach nicht vor, seine Emissionen in den kommenden Jahren weiter einzuschränken.

3. **Ausgeblendeter globaler Verkehr:** Kritisch zu bewerten ist an dem auf nationalen Absichtserklärungen basierenden Ansatz auch, dass die internationale Luftfahrt und die Schifffahrt – wie schon im Kyoto-Protokoll – unberücksichtigt bleiben. Dabei verursachten beide zusammen im Jahr 2013 eine Gigatonne Kohlendioxid – das war mehr, als in ganz Deutschland freigesetzt wurde. Hinzu kommt noch, dass gerade diese vom Klimaabkommen ausgeklammerten Emissionen ausgesprochen schnell wachsen.

So schön wie sich das Pariser Klima-Abkommen auf dem Papier liest, so fragwürdig ist es im Detail.

Mehr zur internationalen Klimapolitik nach Kyoto

[Hubertus Bardt, Thilo Schaefer: Wege zu einem erfolgreichen Klimaabkommen von Paris – Vorschlag für eine wohlstandsadäquate Lastverteilung, IW policy paper 13/2015](#)

Das Pariser Abkommen

Die auch als „Übereinkommen von Paris“ bezeichneten Beschlüsse der UN-Klimakonferenz im Dezember 2015 lösen das sogenannte Kyoto-Protokoll zur Verringerung der Treibhausgasemissionen ab. Völkerrechtlich verbindlich wurde das Pariser Abkommen bereits am 4. November 2016 – nachdem die Mindestanforderungen für die Ratifizierung erfüllt waren: Es mussten mehr als 55 der insgesamt 195 Unterzeichnerländer zustimmen, die zusammen für mehr als 55 Prozent des weltweiten Kohlendioxidausstoßes verantwortlich sind. Den Ausschlag gab Anfang Oktober das positive Votum des EU-Parlaments.

Und das sind die Beschlüsse von Paris:

Der globale Temperaturanstieg soll auf deutlich weniger als 2 Grad - möglichst 1,5 Grad - gegenüber dem Niveau der vorindustriellen Zeit begrenzt werden.

Umgerechnet in Emissionen bedeutet das: Langfristig muss sich der weltweite Ausstoß an Treibhausgasen gegenüber 1990 etwa halbieren. Die Industrieländer dürfen sogar nur noch auf 5 bis 20 Prozent ihres Emissionsniveaus von damals kommen.

Die meisten der knapp 200 Klimakonferenzteilnehmer haben bereits vor einem Jahr festgelegt, welchen Klimaschutzbeitrag sie leisten können. Weil diese Selbstverpflichtungen aber noch nicht ausreichen, um die Erderwärmung im gewünschten Ausmaß zu begrenzen, sollen die nationalen Pläne alle fünf Jahre überprüft und verschärft werden.

Ein weiteres Ziel des Pariser Abkommens ist die Anpassung an den Klimawandel – das betrifft beispielsweise die Landwirtschaft. Außerdem wollen die Industrieländer 100 Milliarden Dollar jährlich in einen Klimaschutzfonds einzahlen. Aus diesem Topf sollen die Entwicklungsländer unter anderem dabei unterstützt werden, ihre Energieversorgung umzubauen und Schäden zu beseitigen, die aus klimawandelbedingten Naturkatastrophen resultieren.

Kernaussagen in Kürze:

- Vor einem Jahr haben 195 Länder das als historisch gefeierte Pariser Klimaabkommen unterzeichnet.
- Auf dem UN-Klimagipfel im November 2016 in Marrakesch müssen die in Paris vereinbarten Ziele in konkrete Maßnahmen und Instrumente überführt werden.
- Den weltweiten CO₂-Ausstoß so stark wie nötig zu reduzieren, ist aus verschiedenen Gründen eine extrem schwierige Aufgabe.